

MEDIENMITTEILUNG

Wie stehen Ob- und Nidwalden zum Durchgangsbahnhof Luzern?

Der Obwaldner Kantonsrat Dominik Imfeld und die Nidwaldner Landräte Mario Röthlisberger und Daniel Krucker sehen im Durchgangsbahnhof Luzern ein Schlüsselprojekt für die Entwicklung der Zentralschweiz. Gerade auch für die Kantone Ob- und Nidwalden würden sich immense Chancen eröffnen. Daher gelangen sie mit Fragen zum Projekt sowie zur Rolle der beiden Kantone an die Regierungen.

Es ist eine der grossen Herausforderung der Politik, das wachsende Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung und Wirtschaft zu befriedigen und zugleich die Umwelt zu schonen. Nicht zuletzt mit Blick auf eine umweltfreundliche Verkehrsgestaltung wird in der Schweiz kräftig in die Bahninfrastruktur investiert. So sollen die Züge schneller und häufiger fahren, um mehr Pendlerinnen und Pendler zu befördern. Doch diesen Zielen steht im Raum Zentralschweiz der Kopfbahnhof Luzern im Weg. Weitere Frequenzsteigerungen sind nicht mehr möglich, die Platzverhältnisse sind stark beschränkt. Als Ergänzung zum gegenwärtigen Bahnhofs soll daher ein unterirdischer Durchgangsbahnhof realisiert werden. Das Vorhaben ist das grösste Eisenbahninfrastrukturprojekt der Zentralschweiz der letzten Jahrzehnte.

Wirtschaftliche und touristische Chance

Kantonsrat Dominik Imfeld (CVP Obwalden – Die Mitte) und die Landräte Mario Röthlisberger und Daniel Krucker (Die Mitte Nidwalden) sind sich einig: Für die Kantone Ob- und Nidwalden ist der Ausbau des Bahnknotens Luzern aus wirtschaftlicher und touristischer Sicht von grosser Wichtigkeit. «Mit dem Durchgangsbahnhof würde sich der Anschluss der Zentralbahn ans Schienennetz der SBB massiv verbessern», gibt sich Mario Röthlisberger überzeugt. «Dadurch würde die Bahn für die Bevölkerung von Ob- und Nidwalden stark an Attraktivität gewinnen.» Daher bringen die drei Parlamentarier das Thema in ihren jeweiligen Kantonen auf die politische Agenda.

Sie haben je eine Interpellation eingereicht, um von den Regierungsräten Auskünfte zum Projekt zu erhalten. So wollen sie etwa wissen, welche Bedeutung die Regierungen dem Durchgangsbahnhof beimessen. Mario Röthlisberger und Daniel Krucker werfen in ihrem Vorstoss zudem die Frage auf, weshalb Nidwalden anders als Obwalden nicht in der Knotenorganisation vertreten ist.

Weiterhin Druck in Bundesbern notwendig

Die Zentralschweizer Regierungskonferenz und die Zentralschweizer Konferenz des öffentlichen Verkehrs haben den Durchgangsbahnhof sowie den Zimmerberg-Basistunnel 2 als strategische Projekte eingestuft. Auch in Bundesbern schien die Notwendigkeit des Durchgangsbahnhofs bislang anerkannt gewesen zu sein. So ist dieser im Ausbauschnitt 2035 ausdrücklich erwähnt. Gemeinhin wurde damit gerechnet, dass das Bundesparlament im Jahr 2026 entscheidet, ob es den Durchgangsbahnhof Luzern finanzieren will. Allerdings hat der Bund nun im Juni 2022 den Bericht «Bahn 2050» veröffentlicht. Dieser lässt erahnen, dass das Projekt Durchgangsbahnhof in eine zusätzliche Warteschleife geschickt werden könnte. «Umso wichtiger ist es, dass sich die Zentralschweizer Kantone in Bern mit vereinten Kräften für das Vorhaben stark machen», betont Dominik Imfeld. Deshalb müsse sich die Politik in Ob- und Nidwalden dem Durchgangsbahnhof Luzern annehmen. «Mit unseren Vorstössen wollen wir die Diskussion in Gang bringen. Denn wir sind überzeugt, dass das Projekt für die Entwicklung des Wirtschaftsraums Zentralschweiz und somit auch für Ob- und Nidwalden ein Meilenstein sein wird.»

Für Rückfragen:

Kantonsrat Dominik Imfeld (CVP Obwalden – Die Mitte),
+41 79 795 36 32

Landrat Mario Röthlisberger (Die Mitte Nidwalden),
+41 79 692 29 00

Stans/Sarnen, 05.07.2022